

25 Prozent der Knaben und 7 Prozent der Mädchen im Alter von 10 Jahren geben an, wenigstens einmal pro Woche Alkohol zu konsumieren. In der Altersklasse 15 bis 19 Jahre belaufen sich diese Anteile auf über 40 Prozent bei Knaben und 25 Prozent bei Mädchen.

4. Der Bund ist bestrebt, auch im Sinne des von der Schweiz unterstützten Europäischen Aktionsplans Alkohol der WHO, den Problemkonsum und damit auch den Durchschnittskonsum in der Schweizer Bevölkerung zu senken. Deshalb sollte unter anderem in der breiten Öffentlichkeit der verantwortungsbewusstere Umgang mit Alkohol gefördert werden. Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf die Menge des konsumierten Alkohols wie auch auf das Trinken in nicht adäquaten Situationen (z. B. Alkohol am Steuer, am Arbeitsplatz, im Haushalt, bei Freizeittätigkeiten mit erhöhtem Risiko wie Velofahren, Skifahren, Gleitschirmspringen usw.).

Der Bundesrat ist sich der grossen Bedeutung der Alkoholprävention für die Volksgesundheit bewusst. Er hat sich deshalb in der Legislaturplanung 1991–1995 für einen Ausbau der Alkoholprävention ausgesprochen. Ein verstärktes Engagement des Bundes bedingt allerdings auch mehr Mittel. Eine Aufstockung der Mittel für den Ausbau der Alkoholprävention ist im Budget 1995 angesichts der prekären Situation der Bundesfinanzen nicht vorgesehen. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt, die Verfassungsgrundlage der Alkoholpolitik zu überprüfen und ein Konzept für die gesundheitspolitisch ausgerichtete Suchtmittelbewirtschaftung vorzulegen.

Le président: L'interpellatrice est partiellement satisfaite de la réponse du Conseil fédéral et demande la discussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	73 Stimmen
Dagegen	42 Stimmen

Verschoben – Renvoyé

95.3107

Interpellation Segmüller

Beiträge an Spitex-Organisationen gemäss AHVG Artikel 101bis. Rückwirkende Kürzung

Contributions aux organisations Spitex selon l'article 101bis LAVS. Réduction rétroactive

Wortlaut der Interpellation vom 9. März 1995

Die Bedeutung von Spitex-Leistungen zur Vermeidung von Aufhalten in stationären Einrichtungen nimmt laufend zu. Rund ein Drittel beträgt der Anteil an Spitex-Leistungen, welche von AHV-Bezügern in Anspruch genommen werden.

Die vom BSV mit Brief vom 3. Februar 1995 angekündigte Änderung des Kreisschreibens bezüglich der Beitragspraxis (AHVG Art. 101bis) an Spitex-Organisationen ist inakzeptabel.

Dies um so mehr, als diese Kürzung rückwirkend auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt wurde. Die Budgets der Spitex-Organisationen für 1995 sind von den Gemeinden bereits Mitte 1994 verabschiedet worden. Die Änderung wurde vom BSV vorgenommen, ohne den Spitex-Verband Schweiz, die Spitex-Kantonalverbände oder die lokalen Spitex-Organisationen zu kontaktieren.

Folgende Fragen drängen sich auf:

1. Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass aufgrund der rückwirkend in Kraft gesetzten Beitragspraxis die Spitex-Organisationen vor Ort defizitär wirtschaften oder in Liquiditätsengpässe kommen werden, da es unmöglich ist, so kurzfristig rückwirkend neue Einnahmequellen zu finden?

2. Sieht der Bundesrat die Gefahr, dass aufgrund dieser Sachlage die Trägerorganisationen die Tarife für Spitex-Leistungen kurzfristig erhöhen müssen oder gezwungen werden, Leistungen abzubauen, zum Nachteil derjenigen Personen, die auf Hilfe und Pflege zu Hause angewiesen sind?

3. Ist es sinnvoll, mit der Kürzung und Streichung der Beiträge bei Organisationen, die über Reserven höher als eine Jahresausgabe verfügen, ausgerechnet die sparsam haus haltenden Organisationen zu bestrafen?

4. Ist der Bundesrat bereit:

a. für das laufende Jahr kurzfristig Nachtragskredite zu gewähren, damit die Beiträge an die Spitex-Organisationen für 1995 im Rahmen der bisherigen Beitragspraxis (ein Drittel an die Lohnkosten) sichergestellt werden können?

b. im ordentlichen AHV-Budget 1996 die gestiegene Nachfrage nach Beiträgen an Spitex-Organisationen zu berücksichtigen?

5. Kann der Bundesrat zusichern, in Zukunft Änderungen in der Beitragspraxis vorgängig mit den betreffenden Organisationen abzusprechen, statt rückwirkend in Kraft zu setzen?

Texte de l'interpellation du 9 mars 1995

On a de plus en plus souvent recours aux prestations Spitex pour éviter le séjour en milieu hospitalier. Les bénéficiaires de l'AVS utilisent environ un tiers des prestations Spitex.

La modification de la circulaire concernant les subventions aux organisations Spitex (art. 101bis LAVS), annoncée par l'Ofas dans sa lettre du 3 février 1995, est inacceptable, d'autant plus qu'elle prévoit une réduction rétroactive des subventions en date du 1er janvier 1995.

Les communes ont voté les budgets 1995 des organisations Spitex dans le courant de l'année dernière. L'Ofas a procédé à la modification des subventions sans que l'Association Spitex suisse ni les associations cantonales ou locales n'aient été consultées.

Je pose donc au Conseil fédéral les questions suivantes:

1. Le Conseil fédéral ne pense-t-il pas comme moi que la réduction rétroactive des subventions accordées aux organisations Spitex va les plonger dans les chiffres rouges ou leur poser des difficultés de trésorerie, car il leur est impossible de trouver d'autres recettes en si peu de temps?

2. Le Conseil fédéral est-il conscient du fait que cette situation pourrait contraindre les organisations concernées à augmenter à court terme les tarifs des prestations Spitex ou à réduire ces dernières, au détriment des personnes qui dépendent de l'aide et des soins à domicile?

3. Est-il judicieux de pénaliser tout spécialement les organisations économes, dont les réserves financières dépassent les dépenses annuelles, en réduisant ou supprimant les subventions aux organisations?

4. Le Conseil fédéral est-il prêt:

a. à accorder des crédits complémentaires, à court terme, pour l'année en cours, afin de garantir aux organisations Spitex des subventions qui équivalent aux montants habituels (un tiers des charges salariales)?

b. à prendre en considération la demande croissante de subventions destinées aux organisations Spitex, lors de l'établissement du budget ordinaire de l'AVS pour 1996?

5. Le Conseil fédéral peut-il assurer qu'à l'avenir toute modification des subventions sera examinée au préalable avec les organisations concernées, au lieu d'être mise en vigueur rétroactivement?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Béguelin, Bircher Peter, Bonny, Bortoluzzi, Bürgi, Caccia, Chevallaz, Columberg, Darbellay, David, Deiss, Dormann, Eggly, Eymann Christoph, Fankhauser, Fasel, Gobet, Gonseth, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Gysin, Hafner Ursula, Heberlein, Hess Otto, Hildbrand, Iten Joseph, Jäggi Paul, Jöri, Keller Anton, Kühne, Leemann, Leu Josef, Leuenberger Ernst, Maeder, Mamie, Mühlemann, Narbel, Pidoux, Pini, Rythen, Sandoz, Savary, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Seiler Rolf, Sieber,

Singeisen, Spoerry, Stucky, Theubet, Vollmer, Wick, Zwahlen (53)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 24. Mai 1995

Rapport écrit du Conseil fédéral du 24 mai 1995

1. Die Anfang Februar 1995 bekanntgegebenen Beschlüsse des Bundesamtes für Sozialversicherung für den Bereich der Altershilfe betreffen die AHV-Subventionsbeiträge, die 1995 zur Ausrichtung gelangen. Das Subventionsgesetz schreibt nämlich vor, dass bei Finanzhilfen, auf die kein Rechtsanspruch besteht, die Budgetvorgaben einzuhalten sind. Da die Kürzungen unbedeutend sind und recht viele Vereine über Reserven verfügen, sollte es deswegen nicht zu Liquiditätsengpässen kommen.

2. Der Bundesrat erachtet solche Gefahren als gering. Die Kürzung dürfte höchstens auf etwa 2 Prozent der jährlichen Einnahmen der einzelnen Organisation zu stehen kommen.

3. Nach den Bestimmungen des Subventionsgesetzes sollte bei der Festlegung der Subvention auch auf die Eigenleistungsmöglichkeiten des Gesuchstellers geachtet werden. Bei einer guten Vermögenslage gebietet es sich deshalb, die Subvention zu kürzen oder weglassen zu lassen. Es muss daher dem Verein, wie übrigens auch dem Altersrentner im Hinblick auf den allfälligen Bezug von Ergänzungsleistungen, zugemutet werden, vorerst einen Teil der eigenen Vermögensmittel zu verwenden.

4. Die von Parlament und Bundesrat geforderte Budgetdisziplin verlangt einen Verzicht auf Nachtragskredite für das laufende Jahr. Das Bundesamt für Sozialversicherung ist aber bereit, die Subvention der Altershilfe so auszugestalten, dass die Subventionshöhe mindestens 30 Prozent der anrechenbaren Löhne betragen wird.

5. Das Bundesamt für Sozialversicherung ist ebenfalls bereit, bei zukünftigen Änderungen im Bereich der Altershilfesubventionen die interessierten Organisationen vorgängig zu begrüssen, sofern der Entscheid im Einflussbereich des Amtes liegt.

Le président: L'interpellatrice n'est pas satisfaite de la réponse du Conseil fédéral et demande la discussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion 74 Stimmen
Dagegen 33 Stimmen

Verschoben – Renvoyé

95.3049

Interpellation Spoerry

Datenkoordination zum Thema Mittelstand

Classe moyenne.

Coordination des données

Wortlaut der Interpellation vom 2. Februar 1995

Eine sozial ausgewogene Schweiz braucht einen breit verankerten Mittelstand. In der jüngeren Vergangenheit wird vermehrt die Frage aufgeworfen, ob der Mittelstand in unserem Land gefährdet sei und ob politische Entscheide mithelfen, den Mittelstand zu schwächen und die sozialen Unterschiede in der Schweiz zu vergrössern.

Diese Frage ist ohne Zweifel nicht leicht zu beantworten. Zum ersten ist schon unklar, welche Kriterien jemand erfüllen muss, um als dem Mittelstand angehörend bezeichnet zu werden. Zum zweiten wurde die sozioökonomische Kategorie des Mittelstandes bislang vor allem über das Gewerbe definiert, während die grosse Gruppe der Unselbständigerwerbenden in unteren und mittleren Kaderstellen eher vernachlässigt werden. Das hat denn auch dazu geführt, dass die Schweizerische Kaderorganisation eine Studie über die Auswirkungen bestimmter politischer Entscheide und Gesetzgebungen auf den Mittelstand der Unselbständigerwerbenden hat ausarbeiten lassen. Auch politische Vorstösse nehmen sich dieser Frage an. Andererseits konnte den Medien auch schon entnommen werden, die geäusserten Beunruhigungen seien unberechtigt. Der Mittelstand sei keineswegs ungebührlich belastet.

Diese Tatsachen veranlassen mich zu den folgenden Fragen:

1. Welche Abgrenzung für die sozioökonomische Gruppe «Mittelstand» erscheint sinnvoll (z. B. Einkommen, Ausbildung, Stellung im Beruf)?

2. Gibt es Untersuchungen in der Schweiz, welche aussagekräftige Erkenntnisse auch in bezug auf den Mittelstand liefern, und zwar vor allem in den Bereichen Sozial- und Gesundheitspolitik unter spezieller Berücksichtigung der Fragen nach der Steuerbelastung und der Einkommensverteilung?

3. Werden die Resultate solcher Untersuchungen gesammelt und koordiniert? Und wenn nein, wäre eine stärker vernetzte Beurteilung von vorliegenden Ergebnissen mit dem Ziel einer entscheidungsrelevanten Syntheseberichterstattung nicht wünschbar?

4. Gibt es effektive Kenntnislücken, die geschlossen werden müssten, um eine sachliche Beurteilung der verschiedenen Auswirkungen staatlicher und gesetzgeberischer Tätigkeiten auf den Mittelstand zu ermöglichen?

5. Sieht der Bundesrat im Sinne der vorstehenden Fragen einen Handlungsbedarf? Und wenn ja, in welcher Form kann er diesem nachkommen?

Texte de l'interpellation du 2 février 1995

Afin que la Suisse soit équilibrée au plan social, il faut que sa classe moyenne puisse s'appuyer sur des bases solides. Or, ces derniers temps, la question s'est souvent posée de savoir si la classe moyenne est menacée dans notre pays et si certaines décisions politiques contribuent à l'affaiblir et à accentuer les différences sociales.

Il n'est certainement pas aisé de répondre à cette question. D'abord on ne sait pas quels sont les critères d'appartenance à la classe moyenne. Ensuite la catégorie socioéconomique de la classe moyenne a jusqu'alors surtout été définie par rapport aux commerçants, alors que l'important groupe des salariés occupant des postes de cadres inférieurs et moyens a été plutôt négligé. En conséquence l'Association suisse des cadres a fait faire une étude sur les effets de certaines décisions politiques et activités législatives sur la classe moyenne des salariés. Des interventions au plan politique portent également sur cette question. Dans les médias, par contre, on a pu lire que ces inquiétudes n'étaient pas fondées et que la classe moyenne n'était nullement chargée outre mesure.

Ces faits m'incitent à poser les questions suivantes:

1. Quelle délimitation paraît la mieux appropriée pour le groupe socioéconomique qualifié de «classe moyenne» (par exemple revenu, formation, position hiérarchique)?

2. Y a-t-il en Suisse des études qui fournissent des données significatives concernant la classe moyenne, notamment dans les domaines de la politique sociale et de la politique de la santé, et qui tiennent particulièrement compte des questions de la charge fiscale et de la répartition des revenus?

3. Rassemble-t-on et coordonne-t-on les résultats de ces études? Dans la négative, ne serait-il pas souhaitable d'évaluer plus globalement les résultats disponibles en vue de permettre l'élaboration d'un rapport de synthèse qui facilite les décisions à prendre?

**Interpellation Segmüller Beiträge an Spitex-Organisationen gemäss AHVG Artikel 101 bis.
Rückwirkende Kürzung**

**Interpellation Segmüller Contributions aux organisations Spitex selon l'article 101 bis
LAVS. Réduction rétroactive**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1995
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.3107
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.06.1995 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1667-1668
Page	
Pagina	
Ref. No	20 025 876

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.